

Unerwünscht, überall

EU-Bürger ohne Heimat: Viele Roma entfliehen der Armut in Rumänien und Bulgarien – deutsche Großstädte fühlen sich vom Ansturm überfordert

VON ANN-KATHRIN SEIDEL
UND JAN STERNBERG

Berlin/Duisburg. Im „Café 24“ hängt noch das Bild vom Bosphorus an der Wand. Viel mehr gibt es nicht, was von der türkischen Herkunft der Besitzer kündigt. In der Ecke dudeln Spielautomaten, Männer blasen den Rauch der Zigaretten in die Luft. Sie alle sind Bulgaren, wie die meisten Bewohner der umliegenden Straßen. In den vergangenen Jahren sind mehr als 2000 Bürger des südosteuropäischen Landes in den Duisburger Stadtteil Hochfeld gezogen. Die meisten Türken haben Hochfeld längst verlassen.

Reiko Radev ist vor einem Jahr nach Duisburg gekommen. Er stammt, wie viele hier, aus der ostbulgarischen Region Schumen. Ein zwielichtiges Vermittlungsbüro versprach Radev eine Perspektive für seine Familie, lockte mit Arbeit und günstigem Wohnraum und knöpfte dem 40-Jährigen schließlich 1000 Euro für die Reise nach Deutschland ab. Nun sitzt der Familienvater jeden Tag mit den anderen Männern im „Café 24“. Radev hat Diabetes. Er kann nicht arbeiten, aber staatliche Unterstützung bekommt er auch nicht, so sieht es das Gesetz vor.

Armutswanderer. So lautet die politisch korrekte Bezeichnung für Menschen wie Radev. Seit 2007 können sich Rumänen und Bulgaren in der EU frei bewegen. Die Freizügigkeit geht nicht mit staatlicher Unterstützung einher, außerdem ist der Zugang zum Arbeitsmarkt bisher beschränkt. Viele Bulgaren in Hochfeld sind deswegen in eine Zwickmühle geraten: Hartz IV können sie erst bekommen, wenn sie fünf Jahre im Land sind oder Arbeit gefunden haben. Um ihr Überleben zu sichern, finden sich die meisten in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen wieder, einige sogar in der Prostitution.

Um die Ecke vom „Café 24“ liegt der Duisburger Arbeiterstrich. Vor dem Eiscafé „Behrens“ warten die Männer des Viertels – darunter viele Roma – jeden Morgen auf Kleinbusse mit bulgarischem Kennzeichen, die sie einsammeln und nach zwölf Stunden auf dem Bau dort wieder abladen. Am anderen Ende von Hochfeld schließt sich Duisburgs höchstverdienter an. Mit der bundesweit höchsten Bettenanzahl. „264 sind es offiziell, das ist mehr als auf der Reeperbahn“, sagt Uli Kloeters von der Internationalen Initiative Hochfeld, die Integrationsprojekte im Stadtteil anbietet. 80 Prozent der Frauen, die in den Häusern arbeiten, seien Rumäninnen und Bulgarinnen. Frauen aus der Nachbarschaft.

Radevs Frau Natalia arbeitet in einer türkischen Näherei. Für fünf Euro die Stunde. Nur mit der Unterstützung von



Vor einem Jahr kam Reiko Radev mit seiner Frau Natalia (Zweite von rechts), Tochter Dzhulia und Sohn Mihail nach Duisburg. Nur mithilfe von Verwandten kommen sie über die Runden.

Finn

Verwandten kann sich die Familie ihre kleine Zweizimmerwohnung leisten. Die Haustür ist aufgebrochen, in den oberen Stockwerken gebe es viel Ungeziefer, sagt Radev. 450 Euro verlange der Vermieter. Manchmal wird es knapp – wenn die Näherei, in der Natalia arbeitet, wieder mal nicht zahlt. Was wohl oft der Fall ist. Die Bulgaren stehen in der Hochfelder Hierarchie ganz unten. Reiko und Natalia Radevs Kinder besuchen Schule und Kindergarten. Sie können nach einem Jahr schon besser Deutsch als ihre Eltern. Die würden gerne einen Sprachkurs besuchen, aber die kostenlosen Integrationsangebote sind Einwanderern aus Nicht-EU-Ländern vorbehalten.

Im verarmten Duisburg, wo inzwischen rund 6300 Bulgaren und Rumänen leben, ist die Notlage der Zuwanderer und die damit oft einhergehende Kriminalität unübersehbar. Aber auch andere Städte fühlen sich vom zunehmenden Zuzug aus Osteuropa überfordert. Und weil Sorge und Panik manchmal nur ein schmaler Grat trennt, dringen in der Debatte um Einwanderer zurzeit viele schrille Töne durch. Der Bremer SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Martin Korol schrieb auf seiner Internetseite, Roma kämen aus einer archaischen Welt und hielten es für ihr Recht, ihren Frauen auch mal die Zähne auszuschlagen. Die Staatsanwaltschaft prüft nun, ob diese

Ausschluss volksverhetzend ist. Der Deutsche Städtetag beklagt chaotische Zustände in den deutschen Kommunen, aber Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius beschwichtigt: „Ein echtes Massenproblem sehe ich zurzeit noch nicht, aber die entscheidenden Stellen in der EU und im Bund haben jetzt frühzeitig die Möglichkeit, Lösungen zu erarbeiten, damit es vor allem in den Kommunen ab 2014 nicht zu Problemen kommt.“ Heinz Buschkowsky, Bürgermeister aus Berlin-Neukölln und Freund klarer Worte, appellierte am Donnerstagabend im ZDF: „Die BRD muss aufwachen!“

Buschkowsky sprach von einem regelrechten „Wirtschaftsboom“ in seinem

Kiez. Er meinte es ironisch. Mehr als 3000 Gewerbeanmeldungen gibt es inzwischen von Rumänen und Bulgaren im Bezirk Neukölln – ein Schlupfloch im Ausländerrecht: Nur als Selbstständige können sie legal in Deutschland bleiben und Kindergeld erhalten.

Zugleich aber ist es ausgerechnet Berlin-Neukölln, das auf die neuen europäischen Verhältnisse eine erste Antwort gefunden hat. Riesige, grellbunte Wandgemälde zieren die einst tristen Brandmauern in der Harzer Straße. Der Rasen ist geharkt, kein Fitzelchen Müll zu sehen. Rund 600 Roma wohnen hier in 137 sanierten Wohnungen, mit Laminat und Handtuchtrockner im Bad.

Der junge Vertreter der Hausverwaltung ist sichtlich stolz: Er kann hier eine Erfolgsgeschichte präsentieren. „Wir haben in Zusammenarbeit mit der Polizei die Bewohner legalisiert, wir haben aufgeräumt und die Caritas und andere Sozialverbände mit hereingeholt“, zählt er auf. Jetzt bietet er die letzten verbliebenen Wohnungen auf dem freien Markt an. Die Harzer Straße, das war Neuköllns Beispiel eines Roma-Slums, ähnlich heruntergekommen, ähnlich dauerhaft in der Medien wie jener verfallende Wohnblock in Duisburg-Hochfeld, der zum Symbol der aktuellen Debatte um Armutswanderung geworden ist. Müll stapelte sich im Hof, Ratten fraßen sich satt, es stank. Bis die katholische Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft den Block übernahm, das Gespräch mit den Bewohnern suchte und die Häuser renovierte.

So kann es gehen. Aber es bleibt ein Einzelfall. 26 Roma-Häuser gibt es in Neukölln, sagt Bezirksstadträtin Franziska Giffey. 25 gehörten Vermietern, die Geld sehen wollen. Das Gesundheitsamt, die Bauaufsicht kommen nur bis ins Treppenhäus.

Von den Zuständen hinter der Wohnungstür erfährt der Bezirk nur, wenn sich jemand beschwert. Etwa darüber, dass ein „Berater“ 1000 Euro kassiert, um einen Kindergeldantrag auszufüllen. Oder dass 200 Euro monatlich fällig werden für einen Schlafplatz im vermüllten Raum einer überbelegten Wohnung – in bar, ohne Mietvertrag. Ganz so, als existierte inmitten der Bundeshauptstadt ein rechtsfreier Raum.

Ziel: Deutschland

In Deutschland leben laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 209 000 Rumänen und 121 000 Bulgaren. Wie viele davon Roma sind, wird nicht erhoben. Die Einwanderungszahlen steigen seit 2007 rasant – von 64 000 Zuwanderern auf 147 000 im Jahr 2011. Im Gegensatz zu Italien, wo mehr als eine Million Rumänen arbeiten, sind diese Zahlen aber vergleichsweise niedrig.

Die deutschen Hauptzielorte der Zuwanderer sind in Süddeutschland, Nordrhein-Westfalen und Hessen, wo drei Viertel der eingewanderten Rumänen und Bulgaren leben. Nach Niedersachsen sind nur sechs Prozent der Zuwanderer gekommen. Die Zahl der in Hannover registrierten Rumänen und Bulgaren hat sich in den vergangenen fünf Jahren um 250 Prozent gesteigert: Inzwischen leben rund 1800 Bulgaren und 1100 Rumänen in der Landeshauptstadt. Besonders kritisch ist die Lage der Zuwanderer in Großstädten, in die viele Rumänen und Bulgaren innerhalb kurzer Zeit gezogen sind. Dazu gehören Duisburg mit rund 6300 Zuwanderern und Dortmund mit mehr als 3000 – und Berlin. Mehr als 10 000 Bulgaren und Rumänen leben in der Hauptstadt. Der Bezirk Neukölln ist Hauptanlaufpunkt. Gestern legte der Bezirk seinen dritten Roma-Statusbericht vor. Die Autoren schreiben, dass nicht mehr von einer „Pendelmigration“ auszugehen ist, wie sie noch vor einigen Jahren üblich war: Damals kamen Roma-Familien nach Deutschland, um dem harten Winter daheim zu entkommen. Im Frühling reisten sie oft zurück. Inzwischen aber wollen viele Familien dauerhaft in Deutschland leben. aks

NACHGEFRAGT

„Wir müssen uns mit den Armen arrangieren“

Deutschland freut sich über spanische Ingenieure und will mittellosen Rumänen loswerden. Lässt sich Armutswanderung überhaupt verhindern?

Die Armutswanderung ist die Kehrseite des Evangeliums der Freizügigkeit. Viele haben wohl nur von erwünschten Hochqualifizierten mit passgerechten Berufs- und Sozialprofilen geträumt. Unerwünschte aber kann man nicht mehr ohne Weiteres zurückschicken, es sind heute EU-Bürger. Ab 2014 werden sie volle Arbeits- und Sozialrechte in Deutschland haben. Man muss sich also damit arrangieren. Die zuwandernden Armen und auch die Roma unter ihnen sind zwar nur eine kleine, besonders auffällige Minderheit der Zuwanderer aus dem Osten Europas. Aber wo sie sich konzentrieren, entstehen mitunter erhebliche Sozialprobleme, die städtische Sozialbudgets überfordern können.

Was muss passieren, damit kein sozialer Sprengsatz entsteht?

Auf der nationalen Ebene, konkret in den Kommunen, geht es um Integration durch Qualifikation und besonders durch Bildung für die Kinder. Dafür brauchen die Kommunen dreierlei: Geld, Geld und Geld. Ideen haben sie selber und tauschen sich darüber aus. Auf der EU-Ebene

brauchen wir eine Begrenzung der wanderungstreibenden Faktoren in den Ausgangsräumen. Das ist eine Art Entwicklungspolitik mitten in Europa. Da ist schon vieles auf den Weg gebracht worden. Aber das Geld ist entweder in den Taschen korrupter Politiker gelandet oder zweckentfremdet worden. Die EU muss das stärker überwachen.

Warum stehen Kommunen der Roma-Zuwanderung so hilflos gegenüber?

Nach Deutschland kommen mit den



KLAUS J. BADE ist Migrationsforscher. Der 68-Jährige war Professor für Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück, zudem beriet er die Bundesregierung.

Roma auch die durch ihre Lebensbedingungen jahrhundertlang eingebrannten Verhaltensformen – Misstrauen nach außen und Zusammenschluss nach innen. Optimale Integrationsvoraussetzungen sind das nicht. Aber wir erreichen die Roma nur als Großfamilien, als „kleine Parallelgesellschaften“. Mit Integrationskursen, die auf die individuelle Integration ausgerichtet sind, geht das nicht. Die werden vom Bundesamt für Migration in Nürnberg auch gerade umgebaut.

Was hat die Politik falsch gemacht?

Es wurde versäumt, die Menschen darauf vorzubereiten, dass diese Zuwanderung kommen wird und nicht zu verhindern ist. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich verwechselt die europäische und die soziale Integration, wenn er sagt: „Wir zahlen nicht zweimal“ – für Hilfen in den Ausgangsräumen und für soziale Hilfen für die Leute, die trotzdem kommen. Das ist Polemik und führt dazu, dass die Leute die Fäuste in der Tasche ballen. Noch 2011 hat Deutschland auf Anfrage aus Brüssel sinngemäß gesagt: Wir brauchen hier keine Roma-Konzeption, wir haben Integrationskurse. Weil man lange, trotz aller Warnungen, das Problem nicht gesehen hat, reagiert man heute hysterisch. Auch das war absehbar.

Friedrich macht Front gegen Armutswanderer und arbeitet so den Rechtsradikalen in die Tasche. In Sachsen hat die NPD ihn schon öffentlich beim Wort genommen und Taten verlangt.

In Ihrem bald erscheinenden Buch „Kritik und Gewalt“ werfen Sie Friedrich vor, die Einwanderungsgesellschaft nicht verstanden zu haben. Wie meinen Sie das?

Er hat nicht verstanden, dass man anstelle von „Integrationspolitik“ für Migranten heute Gesellschaftspolitik für alle machen muss, auch für die Mehrheitsbevölkerung, sonst werden dort viele rebellisch. Wir brauchen eine Identitätsdebatte in einer paradoxen Situation: Einerseits erleben immer mehr, besonders jüngere Menschen kulturelle Vielfalt als etwas Normales. Andererseits mehr sich Ressentiments und Kulturangst. Wo die sich ausbreitet, hat auch Politik versagt. Dann gibt es oft negative Integration – die Selbstvergewisserung irritierter Gruppen der Mehrheit durch Abgrenzung von Minderheiten, zum Beispiel von den rund vier Millionen Muslimen in Deutschland, von denen fast die Hälfte deutsche Staatsbürger sind. Das kann die Einwanderungsgesellschaft spalten.

Interview: Jan Sternberg

Amerika dreht sich in der Abwärtsspirale

Die USA halten den Atem an: Demokraten und Republikaner können sich nicht einigen – jetzt müssen die Behörden bis September 65 Milliarden Euro einsparen

VON STEFAN KOCH

Washington. Amerika zündet die Sparbombe. Da sich der Kongress nicht auf ein langfristiges Sanierungskonzept einigen kann, treten drastische Kürzungen in Kraft. Innerhalb der kommenden sieben Monate müssen die Bundesbehörden 65 Milliarden Euro einsparen. Fast alle staatlichen Einrichtungen sind verpflichtet, ihr Jahresbudget um acht Prozent zu kürzen.

Sichtlich verstört trat Präsident Barack Obama am Freitag nach einer letzten Krisensitzung vor die Hauptstadtjournalisten: „Das ist keine Klippe, das ist eine Abwärtsspirale. Diese Maßnahmen sind wirklich dumm und willkürlich.“ Offensichtlich hatte Obama darauf gesetzt, in allerletzter Minute die drastischen Sparmaßnahmen abzuwenden. Doch seine Gegenspieler blieben stur: „Wir lassen uns auf keine Hinterzimmer-Deals ein!“, hatte Mitch McConnell, Fraktionschef der Republikaner im Senat, bereits am Vormittag gedonnert.

Wie die Sparmaßnahmen bis ins Detail aussehen, war gestern offen – zumal die

Rasenmähermethode, die im öffentlichen Leben zu drastischen Folgen führen kann, ursprünglich nur als Drohkulisse gedacht war. Der heutige Finanzminister und damalige Mitarbeiter im Weißen Haus, Jack Lew, hatte sich 2011 mit dem demokratischen Fraktionschef im Senat, Harry Reid, auf diese brachiale Methode geeinigt, um die Parteien zu einem Kompromiss zu bewegen.

Wie Bob Woodward von der „Washington Post“ in seinem Buch „The Price of Politics“ schreibt, soll die Idee zuerst im Weißen Haus entwickelt worden sein. Niemand rechnete damals jedoch damit, dass das Szenario Wirklichkeit würde.

Obama betonte am Freitag einmal mehr, dass Senioren und die einfachen Mittelklassefamilien nicht für das staatliche Defizit verantwortlich zu machen seien. Die Schuldenkrise lasse sich nur durch maßvolle Kürzungen und Steuererhöhungen für die Wohlhabenden lösen. Dagegen lehnt John Boehner, republikanischer Sprecher des Repräsentantenhauses, Steuererhöhungen strikt ab. Für das Wirtschaftswachstum sei es verheerend, so der langjährige Abgeordnete aus

Ohio, wenn die Steuerbelastung der Bürger weiter steige.

Unter den Finanzexperten gehen die Prognosen auseinander, ob die Einsparungen im öffentlichen Bereich die Wirtschaft tatsächlich abwürgen könnten. Da insgesamt ein Wachstum von zwei Prozent zu erwarten ist, zeigen sich einige Volkswirte relativ gelassen. Der republikanische Senator John Cornyn wirft dem Weißen Haus gar vor, mit „apokalyptischen Warnungen“ zu übertreiben.

Gleichwohl: Ganz Amerika hält an diesem Wochenende den Atem an. Sollte nicht doch noch ein Ausweg gefunden werden, dürfte das Alltagsleben in den kommenden Wochen kräftig durcheinandergewirbelt werden.

Das Sparprogramm, in Washington „Sequester“ genannt, trifft sämtliche gesellschaftlichen Bereiche: So sollen 30 000 Stellen von Lehrern und Schulinstituten gestrichen werden – wo das öffentliche Schulwesen der USA ohnehin einen desaströsen Ruf hat. Rund 800 000 zivilen Mitarbeitern des US-Militärs steht ein unbezahlter Urlaub bevor. Insgesamt müssen sie auf 20 Prozent des Gehaltes

verzichten. Auf einen massiven Stellenabbau müssen sich auch Polizeibehörden, Gefängniswärter und Lebensmittelkontrollen einstellen. Die Nationale Gesundheitsbehörde soll 1,3 Milliarden Euro einsparen.

Amerikas Sicherheitsinteressen werden von der Notmaßnahme nicht ausgenommen: Der Grenzschutz hat seinen Etat um 460 Millionen Euro zu kürzen. Für Sicherheitspersonal an Flughäfen stehen 260 Millionen Euro weniger zur

Verfügung. Das Energieministerium, das unter anderem für die sichere Aufbewahrung der Nuklearwaffen zuständig ist, muss 520 Millionen Euro einsparen. Und selbst der Katastrophenschutz FEMA soll auf 300 Millionen Euro verzichten. Nicht einmal die Ärmsten der Armen bleiben verschont: Das Bauministerium, das auch für die Unterstützung von Obdachlosen und finanzschwachen Familien zuständig ist, hat 1,55 Milliarden Euro einzusparen. Und auch prestigeträchtige Einrichtungen müssen bluten: Die Nasa soll auf 780 Millionen Euro verzichten. Gelöst sind mit diesen drastischen Mitteln allerdings keineswegs sämtliche finanziellen Probleme. Der ersten Sparrunde dürften weitere folgen, da in den kommenden zehn Jahren rund eine Billion Euro einzusparen sind.

Ganz gleich, ob sich der Kongress an diesem Wochenende noch auf einen Kompromiss einigt – weitere Streitigkeiten stehen unmittelbar bevor: Soll die Zahlungsfähigkeit der Zentralregierung in Washington abgewendet werden, muss der Kongress spätestens Mitte Mai die Schuldenobergrenze anheben.



Zwischen ihnen liegen Welten: Barack Obamas Wunsch nach Steuererhöhungen lehnt der Republikaner John Boehner strikt ab.